

**Raubkopie-Affäre:
Richter billigen
Kündigung**

Halle/Naumburg (bo) • Das Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt hat die fristlose Kündigung eines Mitarbeiters wegen der Herstellung privater Raubkopien auf seinem Dienstcomputer für wirksam erklärt. Das Handeln des damaligen IT-Verantwortlichen des Oberlandesgerichts (OLG) Naumburg habe eine „erhebliche Pflichtverletzung“ dargestellt, urteilten die obersten Arbeitsrichter des Landes am Donnerstag in Halle (Az.: 6 Sa 23/16). Das Vertrauensverhältnis zu seinem Arbeitgeber sei damit endgültig zerstört.

Das OLG hatte den IT-Mann im April 2013 rausgeworfen. Der klagte gegen seine Kündigung. Zunächst erklärten das Arbeitsgericht Halle und auch das Landesarbeitsgericht die Kündigung für ungültig. Erst das Bundesarbeitsgericht stellte 2015 eindeutig fest, dass die private Nutzung von Dienstcomputern etwa zur Herstellung von Raubkopien ein Kündigungsgrund ist (Az.: 2 AZR 85/15). Es verwies die Sache an eine andere Kammer des Landesarbeitsgerichts zurück. Diese erklärte die Kündigung jetzt für rechtmäßig.

Dem IT-Mann war vorgeworfen worden, in seiner Arbeitszeit Tausende CDs und DVDs (Filme, Musik, E-Books) illegal kopiert und gebrannt zu haben.

Meldungen

**Pool-Knochen sind
500 Jahre alt**

Ilsenburg (dpa) • Mindestens 500 Jahre alt sind die Knochen, die in Ilsenburg (Harz) auf einem Privatgrundstück gefunden worden sind. Das ergaben Untersuchungen des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie vom Donnerstag. Auch zum Hintergrund der Knochen gibt es eine Woche nach dem Fund erste Hinweise: Nach Informationen der Behörde befand sich an dem Fundort im Mittelalter ein Friedhof. Darauf weisen auch Sargnägel hin, die bei den Knochen gefunden wurden.

**Gruppe soll Mädchen
begrabscht haben**

Stendal (at) • Nachdem sich am Mittwochmittag in Stendal sexuelle Übergriffe auf zwei junge Frauen im Alter von 15 und 17 Jahren ereignet haben sollen, ermittelt jetzt die Kripo. Beide Frauen sollen im Bereich der Wallanlagen Hartungswall/Nordwall von vier Ausländern mit südlich-südöstlichem Aussehen umringt und am Gesäß und an den Brüsten begrabscht worden sein. Nach bisherigen Erkenntnissen eilte der 15-Jährigen eine Frau zu Hilfe, als diese von der Gruppe an Po und Busen angefasst wurde. Die 17-Jährige, die ebenfalls bedrängt wurde, konnte laut Polizei flüchten.

**Bewerber gesucht
für Tourismuspreis**

Magdeburg (os) • Noch bis 31. Mai haben Interessenten Zeit, sich um den Landestourismuspreis „Vorreiter 2016“ zu bewerben. Die Marketinggesellschaft des Landes will Ideen für das Reiseland Sachsen-Anhalt auszeichnen. Für den Preis können sich touristische Unternehmen, Verbände, Vereine, Stiftungen, Privatpersonen und Kommunen mit Sitz in Sachsen-Anhalt bewerben. 3500 Euro Preisgeld erhält jeder Gewinner in drei Kategorien.

Infos im Internet unter www.sachsen-anhalt-tourismus.de

Linke will Beitragsstopp erzwingen

Abwasserstreit / Landtag berät am
Dienstag neues Gesetz

Die Linke will alle Kommunen zwingen, keine nachträglichen Beiträge für Abwasser- und Trinkwasseranlagen zu kassieren – bis ein Urteil vom Landesverfassungsgericht vorliegt.

Von Jens Schmidt
Magdeburg • Die Oppositionsfraktion will ihren Gesetzesentwurf für einen Zahlstopp am Dienstag im Landtag einreichen. „Nur so bekommen wir Rechtssicherheit für die Bürger“, sagt Fraktionschef Swen Knöchel. Etwaige Kosten wie Zinsausfälle sollte das Land den Gemeinden und ihren Verbänden erstatten.

2015 wurden etwa 80000 Hauseigentümer und Firmen aufgefordert, nachträglich für Kanalanlagen zu zahlen, deren Bau aber oft schon 20 Jahre zurückliegt. Es geht im Mittel um 2000 bis 10000 Euro. Dagegen gingen 50000 Widersprüche ein. Die Linke erhob Verfassungsklage. Ein Urteil wird spätestens Anfang 2017 erwartet.

Betroffen sind nicht allein Private. Die Hochschule Merseburg etwa muss eine Million Euro zahlen. Etliche Verbände greifen trotz schwebenden

Streits hart durch. Etlichen sei das Konto gepfändet worden, sagte Linken-Innenpolitikerin Kerstin Eisenreich.

Die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und Grünen legen ebenfalls einen Gesetzestext vor. Auch sie wollen einen Zahlstopp bis zur rechtlichen Klärung. Der Unterschied: Das Moratorium soll freiwillig sein. SPD-Innenpolitiker Rüdiger Erben: „Wir haben kommunale Selbstverwaltung.“ Die Koalition setzt darauf, dass die Gemeinden dennoch bürgerfreundliche Lösungen finden. Derzeit sind die Verbände gezwungen, zu kassieren – das soll es bald nicht mehr geben. Am Freitag will der Landtag das neue Gesetz beschließen. Die Koalition hat eine Mehrheit von zwei Stimmen.

Der Städte- und Gemeindebund warnt vor „Populismus“. Schließlich gehe es um 125 Millionen Euro Einnahmen für die Gemeinden. CDU-Innenpolitiker Chris Schulenburg hält dagegen: Viele Verbände selbst hätten um eine Neuregelung gebeten. Wolmirstedt etwa strebt einen Vergleich mit den Eigentümern an – doch die Kommunalaufsicht drohte für den Fall mit der Rückforderung von 2,5 Millionen Euro Fördergeldern. Mit dem neuen Gesetz werden Vergleiche „straffrei“ möglich.

Streit um Alt-Anschließer

Kommunen erheben beim Bau von Trink- und Abwasseranlagen von Grundstückseigentümern einen Herstellungsbeitrag. Zunächst wurden nur Neu-Anschließer zur Kasse gebeten. Seit 2009 gilt: Auch Alt-Anschließer (also Eigentümer, deren Haus schon vor 1991 einen Anschluss bekommen) müssen sich an den Kosten der nach 1991 gebauten Anlagen beteiligen. (Magdeburg und Halle sind nicht betroffen, die Städte finanzieren das

allein aus Gebühren.) Viele Gemeinden unterließen es aber, Alt-Anschließern Rechnungen zu schicken. 2013 und 2015 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass Gemeinden nicht endlos lange kassieren dürfen. 2014 beschloss das Land eine 2016-Jahres Frist. Diese gilt ab 2016. 2015 wurden die Verbände gedrängt, die zum Teil 20 Jahre alten Außenstände einzutreiben. Viele halten diese „Übergangsgregelung“ für verfassungswidrig.



Händel ganz cool mit Sonnenbrille

Ganz cool mit Sonnenbrille hat der Hallenser Graffiti-Künstler Michael Gensen das Konterfei des Komponisten Georg Friedrich Händel auf dem Marktplatz in Halle gestaltet. In der bunten Brille spiegelt sich die markante Silhouette der Saalestadt mit ihren Kirchtürmen der Altstadt.

Abgebildet ist das Graffiti auf einer Info-Box der Händel-Festspiele, die heute in Halle, dem Geburtsort des Barockmusikers, beginnen. Unter dem Motto „Händel berührt“ werden an 17 Tagen hochkarätig besetzte Veranstaltungen geboten. Foto: dpa

Drömlingsbauern befürchten Wertverlust

Landwirte üben Kritik an Plänen zur Einrichtung eines Biosphärenreservats im Süden der Altmark

Oebisfelde/Werfelingen (aro) • Die Landwirte im Drömling sehen die Pläne der Umwandlung des Naturparks in ein Unesco-Biosphärenreservat sehr kritisch. Bei einer Informationsveranstaltung, zu der die Stadt Oebisfelde-Werfelingen eingeladen hatte, äußerten sie deutlich ihren Unmut.

Wolfgang Köhler, Geschäftsführer des Bauernverbandes Börde, sieht Benachteiligungen für die Landwirte. „Wenn die Bauern die Grünlandflächen nicht mehr bewirtschaften können, wird Grundeigentum entwertet.“ Er fordert ein Recht auf Entschädigung. „Die touristische Erschließung ist ja

eine gute Sache, aber die Landwirte, die die Herausforderung annehmen, müssen finanziell vom Staat unterstützt werden“, fand Gerhard Wienecke, Landwirt aus dem Nienborfer Drömling. Naturparkleiter Fred Braumann sieht hingegen mit dem Biosphärenreservat eine große Chance, den Tourismus und die

Wirtschaft anzukurbeln. Viola Hohmann, Geschäftsführerin der Agrar GmbH Weddendorf, setzte sich für den besseren Austausch von Ideen und Konzepten ein. „Wir bieten an, den Dialog mit den Landwirten zu verstärken und sie in künftige Pilotprojekte einzubinden“, so Braumann.

Der Antrag auf Anerkennung als Biosphärenreservat kann nur gestellt werden, wenn alle beteiligten Kommunen in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen eine positive Stellungnahme dazu abgeben. Die Entscheidung der Stadt Oebisfelde-Werfelingen steht noch aus.

Staatsanwaltschaft Dessau sucht undichte Stellen

Untersuchungen parallel zum Sexualmord / Innenministerium versetzt Eltern des Beschuldigten / Landeskriminalamt ermittelt dienstintern

Von Matthias Fricke und Dörthe Hein
Dessau-Roßlau • Parallel zu den Ermittlungen wegen des mutmaßlichen Sexualmordes an der chinesischen Studentin in Dessau-Roßlau gibt es den Verdacht des Verrats von Dienstgeheimnissen. Die Staatsanwaltschaft Halle ermittelte gegen Unbekannt. Zu viele Erkenntnisse seien an die Öffentlichkeit gelangt, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Halle am Donnerstag.



Die Pressekonferenz im Freien am vergangenen Dienstag zur Festnahme der beiden Beschuldigten. Foto: Matthias Fricke

Anzeige hatte die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau gestellt. Die Behördensprecherin sagte, es seien Informationen

öffentlich geworden, noch bevor der Staatsanwalt sie geholt habe. Vermutet wird, dass es unter anderem um Medienberichte zum familiären Hin-

tergrund der Tatverdächtigen ging. Am Dienstag hatte die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau einen Ermittlungserfolg in dem Mordfall präsentiert.

Ein junges Pärchen soll den gemeinschaftlichen Mord an der 25 Jahre alten Chinesin begangen haben. Der 20 Jahre alte Tatverdächtige ist der Sohn einer Polizeibeamtin. Sein Stiefvater der Revierleiter in Dessau. Am Dienstagabend wurde gegen die beiden 20-Jährigen Haftbefehl erlassen. Der Mann und die Frau schweigen bislang zu den Vorwürfen.

Wegen der Nähe zum Fall und einer möglichen Beeinflussung hat das Innenministerium am Donnerstagabend „aus Gründen der Fürsorgepflicht des Dienstherren gegenüber seinen Mitarbeitern“ die Mutter und

ihren Ehemann aus ihrer bisherigen Verwendung gelöst und ihnen andere Aufgaben zugewiesen. „Damit sollen auch in der Öffentlichkeit laut gewordenen Sorgen, dass es möglicherweise zu Behinderungen bei der Aufklärung der Tat kommen könnte, begegnet werden“, sagte Innenministeriumssprecher Stefan Brodrück. Nach Volksstimm-Informationen haben sich beide Beamte inzwischen dienstunfähig schreiben lassen. Unabhängig davon habe das Innenministerium das Landeskriminalamt (LKA) gebeten zu ermitteln, ob es möglicherweise Hinweise darauf gebe, dass

**Grüne sehen
Poggenburg als
Sicherheitsrisiko**

Von Hagen Eichler
Magdeburg • Der grüne Landtagsabgeordnete Sebastian Striegel hält AfD-Fraktionschef André Poggenburg für ungeeignet, den Verfassungsschutz zu beaufsichtigen. Die dafür zuständige Parlamentarische Kontrollkommission soll in der kommenden Woche gewählt werden, die AfD hat Anrecht auf einen Sitz. Für den hat sich im MDR-Hörfunk Poggenburg ins Spiel gebracht. „Herr Poggenburg hatte aber bis vor kurzem keine geregelten Vermögensverhältnisse. Er könnte offen für Geldzuwendungen sein, also korrumpierbar“, sagte Striegel.

Ein weiteres Risiko sei die Nähe Poggenburgs zur Identitären Bewegung, einer Gruppierung am rechten Rand. Sachsen-Anhalts Verfassungsschutz sieht in deren islam- und fremdenfeindlicher Programmatik Schnittmengen zum Rechtsextremismus. Poggenburg selbst betont, die AfD habe sich zur Identitären Bewegung noch keine abschließende Meinung gebildet.

Die Koalition will neben Striegel die Abgeordneten Markus Kurze (CDU) und Rüdiger Erben (SPD) in die Parlamentarische Kontrollkommission schicken. Die Linke schlägt Eva von Angern vor. Die AfD-Fraktion hat ihre Entscheidung noch nicht getroffen.

**Studenten sauer
über Einladung
an die AfD**

Magdeburg (he) • Am kommenden Mittwoch feiert die Hochschule Magdeburg-Stendal ihr Campusfest, mit dabei ist unter anderem die Band Mia. Dass neben anderen Politikern auch AfD-Chef André Poggenburg zum Empfang mit Häppchen und Smalltalk eingeladen ist, sorgt für Ärger. „Die Hochschule brüstet sich mit Toleranz und Offenheit, die AfD lehnt aber genau das ab“, sagt Studentin Piatkowski vom Stufenrat. Poggenburg habe an der Hochschule nichts zu suchen.

Die Hochschule verweist auf das Wahlergebnis. „Selbstverständlich laden wir alle Landtagsfraktionen ein, deren Parteien demokratisch gewählt sind“, sagte Hochschulsprecher Norbert Doktor. Das Argument der Gleichbehandlung wollen die Studenten nicht gelten lassen. „Dann soll man lieber auf alle Politiker verzichten.“ Die Hochschule kontert: „Wir müssen mit unseren Multiplikatoren im Gespräch bleiben.“ Zum Aufeinandertreffen mit Poggenburg wird es allerdings nicht kommen: Der Politiker hat die Anmeldefrist für das Fest verstreichen lassen.